

Antrag
des
Gesundheits-Ausschusses

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dammerer und Mühlberghuber betreffend flächendeckender Gewaltschutz im medizinischen Bereich

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das Schulungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NÖ Landes- und Universitätskliniken im Bereich des Gewaltschutzes regelmäßig zu evaluieren und auszubauen,
2. die Zusammenarbeit zwischen den Opferschutzgruppen in den NÖ Landes- und Universitätskliniken mit allen beteiligten Organisationen (Frauenhäusern, Polizei, Selbsthilfegruppen, etc.) zu intensivieren sowie
3. im intensiven Austausch mit der NÖ Ärztekammer auf eine Verbesserung des Gewaltschutzes im niedergelassenen Bereich hinzuwirken.

Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 wird der Antrag Ltg.-742/XX-2025 miterledigt.“

Hörlezeder
Berichterstatter

Mag. Scheele
Obfrau